

Freie Bahn für korrupte Funktionäre

Das ukrainische Verfassungsgericht entzieht der Antikorruptionsbehörde wichtige Kontrollbefugnisse

nzz 30.10.20

Markus Ackeret, Moskau

Die ukrainischen Verfassungsrichter haben ein aufsehenerregendes Urteil gefällt, das zwei zentrale Ziele der Revolution von 2014 direkt bedroht: die effektive Bekämpfung der Korruption und die Ausrichtung der Ukraine nach Westen. Das Gericht erklärte es für verfassungswidrig, dass die Nationale Agentur zur Verhinderung der Korruption (Nask) auf die elektronischen Vermögensdeklarationen von Beamten und Politikern zugreift. Das Urteil kippt eine wesentliche Errungenschaft im Kampf gegen die Korruption und hat weitreichende Folgen. Der Stopp ohnehin zäh verlaufender Antikorruptionsverfahren ist nur die offensichtlichste davon. Auch die Zusammenarbeit mit internationalen Institutionen ist gefährdet. Die Empörung im Land ist deshalb gross.

Die Nask ist mit der Entscheidung des Verfassungsgerichts gelähmt. Ihre Aufgabe ist es, die Vermögensverhältnisse von Funktionsträgern zu kontrollieren und ein waches Auge auf deren Lebensstil zu haben. Das ist ihr ab sofort nicht mehr möglich. Sie darf auch keine zivilrechtlichen Verfahren wegen Korruption anstrengen, wenn sie einen Verdacht hegt, und verliert noch weitere Zuständigkeiten. Eine Gruppe von Parlamentariern hauptsächlich aus einer russlandfreundlichen Oppositionspartei, die unter anderem von dem mit Russlands Präsident Wladimir Putin eng vertrauten Politiker Wiktor Medwedtschuk angeführt wird, hatten in einer Eingabe ans Verfassungsgericht an der Rechtmässigkeit der Kompetenzen der Behörde gezweifelt. Das Vorgehen verletze die Grundrechte der betroffenen Beamten, Abgeordneten und ihrer Familien.

Visumsfreiheit in Gefahr

Die Konsequenz daraus ist, dass diese jetzt weitgehend ungestört auch mit zu Unrecht erworbenem Vermögen Anschaffungen tätigen und dieses dadurch legalisieren können, wie Witali Schabunin, der Leiter des nichtstaatlichen Aktionszentrums gegen Korruption, meinte. Schon jetzt ist klar, dass derzeit hängige Verfahren eingestellt werden müssen, weil sie aufgrund mutmasslich nicht vollständiger Deklarationen eingeleitet worden waren. Die Nask ist der Ansicht, die Verfassungsrichter hätten das Urteil in ihrem eigenen Interesse gefällt; auch Mitglieder des Gremiums stehen im Verdacht unzulänglicher Vermögensdeklarationen.

Die Auswirkungen des Urteils gehen jedoch viel weiter. Zu den Aufgaben der 2015 eingerichteten Antikorruptionsbehörde gehörte es bis anhin, neu Gewählte auf ihre Vermögenssituation hin zu überprüfen. Nur wenn diese Prüfung positiv ausfällt, dürfen diese ihr Amt auch tatsächlich übernehmen. Da das Verfassungsgericht diese Vollmachten entzogen hat, ist der Amtsantritt all jener gefährdet, die am vergangenen Sonntag bei den Kommunalwahlen gewählt wurden. Auch die Ernennung neuer Funktionäre steht infrage.

Zugleich untergräbt das Urteil das Vertrauen internationaler Partner der Ukraine. Der Internationale Währungsfonds, zu dem Präsident Wolodimir Selenski und seine Regierung ohnehin ein schwieriges Verhältnis haben, macht die dringend benötigte neue Kredittranche von einer ernstgemeinten Korruptionsbekämpfung abhängig. Und auch zu den Bedingungen der Europäischen Union für den visumsfreien Reiseverkehr zwischen der Ukraine und den Mitgliedern des Schengen-Raums gehörte das elektronische Register der Vermögensverhältnisse. Ukrainische Medien berichteten, die EU könnte aufgrund des Urteils

ein Verfahren zur Sistierung der für die Bevölkerung eminenten Reisefreiheit einleiten. Auch die Botschafter der G-7-Staaten in Kiew zeigten sich über die Entscheidung besorgt.

Die Signalwirkung des Urteils ist verheerend. Viele Bürger dürften sich in ihrem tiefsitzenden Misstrauen gegenüber der Justiz und Politik bestätigt fühlen. Vor dem Verfassungsgericht sind zudem Entscheidungen über weitere Pfeiler der Korruptionsbekämpfung hängig, unter anderem die Existenzberechtigung des speziellen, unter grossen Anstrengungen geschaffenen Anti-Korruptions-Gerichtshofs.

Was macht Selenski?

Fast gleichzeitig mit dem Urteil gegen die Nask erklärte das Kiewer Verwaltungsgericht die Amtszeit des Leiters des zentralen Ermittlungsbüros für Korruptionsfälle, Artjom Sitnik, für abgelaufen. Der dafür zuständige Richter Pawlo Wowk ist in eine Intrige mit dem obersten Verfassungsrichter Olexander Tupizki verstrickt. Die beiden entstammen dem Dunstkreis des 2014 gestürzten Präsidenten Wiktor Janukowitsch. Viele Beobachter sehen im Verfassungsgericht eine Art trojanisches Pferd revanchistischer russischer Interessen.

Auch Selenski und seine Entourage müssen sich Fragen gefallen lassen. Obwohl der politische Quereinsteiger die Korruptionsbekämpfung verbal zu einem seiner wichtigsten Ziele erklärt hatte, gab es aus dem Präsidentialamt immer wieder Bemühungen, unliebsame Personen wie Sitnik zu stoppen. Für all jene Bürger, denen die Korruptionsbekämpfung ohnehin zu langsam voranging, wirft das Urteil des Verfassungsgerichts einen weiteren Schatten auf den einstigen Hoffnungsträger.

Von Tobias Weihmann über den Ukraine Stammtisch am 30.10.20: Breaking: Kampf der Staatsgewalten in der Ukraine

Die ukrainische Regierung hat am Donnerstagabend alle staatlichen Behörden angewiesen, die Entscheidung des Ukrainischen Verfassungsgerichts, welches eine Reihe wichtiger Antikorruptionsmaßnahmen außer Kraft gesetzt hatte, zu ignorieren. Darüber hinaus hat Präsident Zelensky angekündigt, das Verfassungsgericht neu zu besetzen - was allerdings nur mit Zustimmung desselben möglich wäre.

Die Entscheidung des Verfassungsgerichts, einer Petition pro-russischer Abgeordneter in einem höchst unüblichen Eilverfahren innerhalb nur weniger Stunden stattzugeben, stürzt das Land somit in eine Verfassungskrise.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass der derzeitige Vorsitzende des Verfassungsgerichts Tupytsky, der noch zu Janukowytsch-Zeiten ins Amt kam, noch nach der Krimannexion auf der besetzten Krim - also nach den Regeln der Besatzungsmacht - Liegenschaften erworben hat, ohne dies zu deklarieren. Er wurde daher bereits vom Staatlichen Ermittlungsbüro DBR vorgeladen.

Ukrajinska Prawda, 29.10.2020

<https://www.euointegration.com.ua/news/2020/10/29/7115911/>

"Premierminister Denis Shmygal hat ein Regierungsdekret unterzeichnet, das eine Reihe von Behörden verpflichtet, der Entscheidung des Verfassungsgerichts, die das Antikorruptionssystem zerstört, nicht nachzukommen.

Ein entsprechendes Dokument wurde auf der Website des Ministerkabinetts veröffentlicht. Das Dokument vom 29. Oktober weist eine Reihe von Behörden an, die Entscheidung des Verfassungsgerichts zu ignorieren.

Insbesondere beauftragte er die Nationale Agentur zur Verhütung von Korruption (NAPC), "auf ihrer offiziellen Website rund um die Uhr einen offenen Zugang zum öffentlichen Teil des einheitlichen staatlichen Registers für (elektronische) Erklärungen zu gewähren". Wie bekannt, war einer der wichtigsten Punkte der skandalösen Entscheidung des Verfassungsgerichts die Schließung des öffentlichen Zugangs zum Register der Erklärungen. In ähnlicher Weise wies das Ministerkabinett den NAPC an, "sicherzustellen, dass Sonderinspektionen durchgeführt werden", die bei der Ernennung von Beamten obligatorisch sind.

Um den effektiven Betrieb des NAPC sicherzustellen, hat die Regierung auch andere Behörden aufgefordert, der Agentur einen automatisierten Zugriff auf die erforderlichen Informationssysteme, Register, Datenbanken, einschließlich solcher mit eingeschränkten Informationen usw., zu gewähren.

Zuvor hatten mehrere internationale Partner erklärt, dass die Entscheidung des Verfassungsgerichts die internationalen Verpflichtungen der Ukraine in Frage stelle. Nach einer Analyse der Ukrainska Prawda könnte die vom Verfassungsgericht am 28. Oktober verkündete skandalöse Entscheidung im Falle einer bedingungslosen Umsetzung der europäischen Integration der Ukraine irreparablen Schaden zufügen.

Mehr dazu im Leitartikel in der Europejska Pravda

["Korruptionsgericht der Ukraine: Warum die skandalöse Entscheidung des Verfassungsgerichts nicht nur das visumfreie Regime zerstört"](#)